



# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Lichtverbandsmitgliedern haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Selber Straße 52, IV., Volkshaus  
Telephonamt 7503

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatien 40 Pfg. für die einpaltige  
Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 2.

Sonnabend, den 12. Januar 1918.

22. Jahrgang.

### Aus der Steinindustrie und dem Berufsleben im verflossenen Jahre.

II.

Über den Geschäftsgang der jährlichen Sandsteinindustrie ist zu berichten, daß selbiger zur Zeit, den Verhältnissen entsprechend, ein zufriedenstellender ist. An Arbeitskräften ist es immer gefehlt. Die Steinfabrikationen sind durch das allgemeine Bauverbot zurückgegangen. In letzter Zeit haben sie sich wieder etwas gehoben, in den Cottbuser Steinbrüchen durch Neu- und Umbauten für kriegswirtschaftliche Gebäude und im Pössaer Gebiet durch Inbetriebnahme eines größeren Kanals (Schleuse). Den Hauptanteil an den Lieferungen nehmen die Schleifsteine ein, welche durch das Fehlen der Arbeitskräfte nicht genügend geliefert werden können, so daß man die Gefangenen dazu herangezogen werden, um einigermaßen den Bestellungen zu genügen.

Nicht nachgelassen, sondern immer mehr steigt die Nachfrage nach Marmor und Pössaer Wildbaurmaterial, welches leider nicht zur Gänze geliefert werden konnte. Festige Grabsteine (Massenartikel) werden fortwährend aus den Steinwerkstätten hinaus. Durch die allgemeine Entlohnung bei der Steingewinnung haben sich viele Kollegen in die Industrie für Heereslieferungen zugewandt, indem sie dort besser entlohnt, und, wenn sie noch in dem Alter des Militärverhältnisses stehen, den Vorteil haben, eventuell nicht eingezogen zu werden. Auch sind viele Kollegen, welche dem Beruf treu geblieben, durch den Kriegsdienst jenseits entzogen worden.

Es ist daraus zu ersehen, daß verschiedene Umstände auf den Geschäftsgang eingewirkt haben. Die Feuerungszulage wurde allgemein eingehalten, sie bewegte sich in folgender Höhe: bei Steinbrüchern und Hilfsarbeitern gleich 10 Proz., bei Steinmetzen im Afford 25 Proz., bei Marmorarbeitern 30 Proz., und bei Steinmetzen im Lohn 35 Proz. Die Zahl der Tarife im Bezirk beläuft sich auf 7, welche anerkannt und eingehalten wurden.

Wie schon geschildert, wurden auch im Pössaer Gebiet Gefangene beschäftigt, bei der jährlichen Steinindustrie arbeiten circa 15 Mann. Auch im Lohner Granitwerk arbeiten seit längerer Zeit circa 15 Gefangene.

Das Berufsleben läßt viel zu wünschen übrig, die ewige Sorge um die Ernährungsfrage hat die Kollegen arg mitgenommen. Sehr viele Kollegen haben schon zu Anfang des Krieges, wo sie erst in den Verbands- und Ortsarbeitslosenunterstützung bezogen hatten, dem Verband den Rücken gekehrt; ein solches Verhalten muß scharf verurteilt werden.

Im Gaubezirk Köln ist eine bedeutende Steinindustrie vorhanden. Zur Gewinnung und Verarbeitung kommt: Granit, Basalt, Lava, Zuff, Marmor, Sandstein und Grauwacke. Der Geschäftsgang war durchweg ein guter. Arbeitslosigkeit war in dieser Branche vorhanden. Die Sandsteinindustrie im Ruhrgebiet wurde durch Kriegsgefangene beschäftigt, um die Aufträge zu erledigen. In Friedenszeiten waren in den Steinbrüchen über 700 Italiener beschäftigt. Auch bei der Firma Holzmann in Frankfurt a. M. und in der Pflastersteinindustrie waren früher Italiener beschäftigt. Wegen der Entlohnung der Kriegsgefangenen können keine zuverlässigen Angaben gemacht werden. Die Marmor- und Grabsteinindustrie war reichlich mit Aufträgen versehen, die Beschaffung der Rohmaterialien war jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Einen sehr guten Geschäftsgang hatte auch die Basaltindustrie im Kreis Rhen zu verzeichnen. Der Absatz an Worb- und Pflastersteinen war erheblich. Den Steinmetzen war eine gute Arbeitsgelegenheit durch die Anfertigung der sogenannten Säuresteine geboten. Diese Steine, die in Kistenform zusammengestellt werden, finden in den chemischen Fabriken zur Färbung der Säuren Verwendung. Vor dem Kriege wurden sie aus Frankreich bezogen, weil ein bestimmtes Steinmaterial sich sehr gut dazu eignete und die Gebrauchsfähigkeit wesentlich länger zuließ, als bei deutschem Material.

Auch in der Pflastersteinindustrie des Oberbergischen Gebietes, dem Westerwald und in Oberhessen war ein guter Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Heeresverwaltung benötigte große Mengen von Straßenaumaterialien.

Der Agitation waren durch den Krieg und sonstiger Erhebungen vielerlei Hindernisse bereitet. Durch die Einbeziehungen zum Kriegs- und Hilfsdienst ist die richtige Massenführung in einer Reihe von Bezirken fast unmöglich gemacht.

Von einer Kündigung der Tarife wurde im allgemeinen abgesehen. Nur in Frankfurt a. M., Düsseldorf und Rhen erfolgte eine solche. Nach längeren Verhandlungen kam es hier ohne Streit zu einer Einigung. Die immer mehr verteuerten Lebensunterhaltungskosten gaben den Kollegen in den meisten Bezirken den Anlaß, so daß die Unternehmer zuweilen Erhöhung der Stundenlöhne und Bewilligung oder Erhöhung der Feuerungszulage heranzusetzen.

In den Bezirken Köln I und II, Dormstadt, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt, Mainz, Bezirk Rhen, Offenbach und Wiesbaden wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne und Feuerungszulagen erreicht. Die Zulagen gegenüber dem Verdienst im Frieden betragen wesentlich 9-28 M. Leider sind die Hoffnungen der Arbeiter, daß es durch die Maßnahmen der Regierungsbehörden gehen dürfte, eine wesentliche Verbilligung in den Lebensunterhaltungskosten herbeizuführen, arg enttäuscht worden. Alles wird teuer, so daß die Kollegen im begonnenen Jahre gezwungen sind, wegen weiteren Lohnerhöhungen bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden.

Eine Gaulektion hat seit Kriegsausbruch nicht mehr stattgefunden, sie wird sich erst im Frieden wieder ermöglichen lassen.

Eine Mitgliederzunahme konnte leider nicht erwirkt werden. Die Einziehungen zum Heeresdienst in der Steinindustrie sind ganz bedeutend, die freigewordenen Stellen konnten naturgemäß nicht besetzt werden, so daß dadurch dem Verbande eine neue Mitgliederzunahme zur Unmöglichkeit wurde. Was für Verbände gilt, welche mit der Kriegsindustrie zu tun haben, gilt eben nicht ohne weiteres für den Verband der Steinarbeiter. Wir müssen weiter mit der Tatsache rechnen, daß unser Verband während des Krieges bezüglich der Mitgliederzahlen eine Stärkung nicht erfahren wird. Aber in diversen Bezirken hätte trotzdem manch abstränig gewordenes Mitglied gerettet werden können, wenn durch die Krisenverwaltung die Stabilisierung der Mitglieder mehr im Auge behalten worden wäre.

Bezüglich der Ernährungsweise konnte der Verband es leider nicht durchführen, daß die Steinarbeiter als Schwerstarbeiter anerkannt wurden. Die Entscheidung darüber obliegt den Kommunalverbänden und diese gaben zur Rückänderung, daß sie wegen Mangels an Lebensmitteln eine Entscheidung im Sinne der Steinarbeiter nicht treffen können. In einigen Bezirken gelang es unseren Kollegen die Zulage für Schwerarbeiter zu retten. Das war leider alles. Wir können aber den Kollegen nur raten, wiederholt an die Kommunalverbände heranzutreten, vielleicht kann doch noch die Anerkennung als Schwerstarbeiter erwirkt werden.

Das Vorjahr stand unter dem Zeichen der Feuerungszulagenbewegung. Wir haben seinerzeit die erzielten Ergebnisse an dieser Stelle veröffentlicht. Einige Großstädte haben ansehnliche Zulagen erreicht, in den ländlichen Distrikten waren die Erfolge allerdings viel magerer. Über festgehaltenes muß werden, daß von vornherein der Deutsche Steinindustrie-Verband die Gewährung jeglicher Zulagen ablehnte. Indem die Steigerung der Lebensmittel anfäh, die bisherigen Zulagen aber ungenügend sind, so ist es erklärlich, wenn der Verband neuerdings eine Bewegung einleitete, um erhöhte Zulagen zu erzielen. Die Zahlstellen müssen nun das ihrige tun, damit die Kollegen zu ihrem Rechte kommen.

Große Bewertung hat die Tagung der Verbandsleitung im November unter der Kollegenchaft ausgedient. Das behandelte Programm war sehr umfangreich, in normalen Zeiten hätte dasselbe vollständig genügt, um die Tagesordnung eines Verbandstages damit zu befüllen. Erreicht war, daß auf der Verbandsleitung über alle die wichtigsten Punkte völlige Einigkeit herrschte. Die Verbandsleitung hat im Berichtsjahre alles unternommen, damit die Arbeiterschaft Bestimmungen in der Steinindustrie besser zur Durchführung gelangen sollten. Wir fordern die Anstellung von Arbeiterkontrolluren, endgültig wird darüber die kommende Hauptversammlung der Steinbrücherberufs-Genossenschaft entscheiden. Für die Arbeiterschaft wird von Bedeutung sein, daß die jetzige Reichsregierung die Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung zugeeignet hat, daß ferner ein Arbeitskammergesetz geschaffen werden soll. Die Unternehmer wehren bereits gegen beide Zulagen, dabei wird auf die „stille Fällung der Scheidemann- und Gewerkschaftsführer“ verwiesen, welche der Regierung diese Änderungen abrotzen.

Im Hauptbureau wird zur Zeit mit drei Mann gearbeitet. Diese Zahl reicht gerade aus, um die laufenden Arbeiten ordnungsgemäß erledigen zu können. Monatlich gegen die Tätigkeit der Verbandsleitung sind im Laufe des Jahres nicht erhoben worden. Soweit gute Ratsschlüsse aus den Zahlstellen kamen, wurden diese ohne weiteres in die Tat umgesetzt. Die Aufgaben, die die Gewerkschaften zu lösen haben, werden auch immer größeren Umfang annehmen, beispielsweise haben wir in Zukunft den Abschluß von Handelsverträgen, besonders soweit der Zollabbau für steinindustrielle Produkte in Frage kommt, nicht mehr teilnahmslos gegenüberzustehen. Es bestehen mit einigen Staaten Zollfächer, die beinahe jede Ausfuhr von Steinwaren unmöglich machen.

Die ganze Welt jauchzte auf, als aus dem Osten der erste Friedensschimmer sich zeigte. Leider hat sich der Friedensengel wieder auf und davon gemacht. Vielmehr besteht doch die Möglichkeit, daß zwischen Rußland und den Zentralstaaten die Verhandlungen wieder weiter geschritten werden. Es steht der Kulturmenschen die wichtige, unabweisbare Aufgabe bevor, die aus dem Trümmel des Krieges geretteten Trümmer zum Neubau der Gesellschaft zu verwenden. Die Friedensarbeit, die wir leisten müssen, umfaßt alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens. Auf wirtschaftlichem Gebiet, handelt es sich darum, unsere Leistungsfähigkeit zu steigern, damit jedem Gliede unseres Volkes ein gutes, auskömmliches und gesichertes Dasein gewährleistet werden kann. Unser Volk hat genug gelitten während des Krieges, es hat es wirklich verdient, daß bessere Zeiten kommen und daß es sich endlich mal wieder satt essen und wohl fühlen kann. Auf politischem Gebiet gilt es, das Verhältnis zwischen Staat und Volk auf eine neue Grundlage zu stellen, damit die Massen des Volkes den Einfluß gewinnen, der ihnen nach ihrer Bedeutung und ihrer Wirksamkeit zusteht. Der Staat darf auf keinen Fall der alte kapitalistische Klassenstaat bleiben, der als Beauftragter der bestehenden und bevorstehenden Volksschichten keine wichtige Aufgabe darin erblickt, die aufstrebenden Unterdrückten im Rahmen zu halten. Er muß ein Volksstaat werden im wahren Sinne des Wortes und alles daran setzen, den allgemeinen Interessen zu dienen und das Gemeinwohl zu fördern. Zu dem Ende ist es notwendig, daß unser Staatswesen freiheitlich ausgebaut und daß unsere bisherige, noch ungenügende Sozialpolitik planmäßig und zielbewußt gefördert wird. Auf kulturellem Gebiet ist ebenfalls noch ein großes Stück Arbeit zu leisten. Sie kommt es darauf an, daß der Rückfall in die Tierheit, der im Kriege zum Ausdruck gekommen ist, möglichst schnell und gründlich überwunden wird und daß die Menschheit zu den Höhen der Kultur emporsteigt. Wissen und Bildung, Kunst und Schönheit, alles das, was das Leben gut und schön und lebenswert macht, muß zu einem Gemeingut der großen Masse werden. Das Licht der Kultur, das bislang nur die Bergspitzen beleuchtete, muß hinabdringen in die Täler und Schluchten, und den gesamten Volkstörper durchfließen.

Alles das sind wichtige Aufgaben, denen wir uns in der künftigen Friedenszeit unterziehen müssen. Um sie zu lösen, ist die Mitarbeit aller Volksschichten vonnöten. In erster Linie hat die Arbeiterklasse, die um ihren Aufstieg kämpft, die heilige Pflicht, nicht müde zu werden in der Arbeit für ein soziales Neuland. Die anderen Volksschichten befinden sich in einer besseren Lage und haben deshalb nicht so viel Ursache, sich an der Friedensarbeit zu beteiligen. Aber das Proletariat ist in seinem ureigensten Interesse verpflichtet, seine ganze Kraft daran zu setzen, daß nach dem Kriege unser Vaterland wohllich ausgebaut wird. Die Gewerkschaften, die berufensten Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen, sind bereit und gewillt, alles zu tun, was dazu geeignet ist. In der künftigen Friedenszeit werden manche Hindernisse bestehen, die heute ihre segensreiche Tätigkeit hindern und einschränken; denn werden sie Bewegungsfreiheit haben und die Arme wieder ergründen können. Da liegt es denn an den Mitglidern, ob die Gewerkschaften imstande sein werden, so zu wirken, wie sie es wollen. So erwidern denn alle Mitglidder die Aufforderung, daß sie sich in Ruhe und Geduld stellen und ihre Organisation finanziell und moralisch stärken. Das vergangene Jahr wird uns viel Arbeit bringen, darum heißt es: „Auf zu neuer Arbeit!“ Und wenn wir so alle unsere Pflichten tun, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

### Ertart und geschlossen!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in dieser von niemand vorausgesehenen langen Dauer des Krieges das Höchste geleistet, was an organisatorischer Arbeit und tätiger Mithilfe für die unter den Kriegswirkungen Leidenden unter den schwierigen Verhältnissen überhaupt möglich war. Als der Krieg begann, da bangte wohl so mancher um den Bestand der prächtigen Organisationen, die mit ungeheurer Fleiß, zäher Ausdauer und unermesslichen Opfern in Jahrzehnten errichtet worden war. Und die Leiter der deutschen Gewerkschaftsbewegung selbst wußten es, daß, wenn ein solches Gebäude vor dem Verfall gerettet werden sollte, alle Energie und organisatorische Latenz angewendet werden mußte.

Das geht klar und deutlich aus einem Artikel des „Correspondenzblatt“ vom 15. August 1914 hervor. Darin heißt es zum Schluß:

„Der Völkerring stellt die Arbeiterorganisationen vor Aufgaben und Ansprüche, denen sie nur unter Aufopferung aller ihnen verbleibenden Kräfte gewachsen sind. In diesen ersten Zeiten muß es festliegen, ob die deutsche Arbeiterschaft treu zu ihren Gewerkschaften steht und bereit ist, jedes Opfer für ihre Erhaltung zu bringen. Wir zweifeln nicht daran, sondern sprechen die Erwartung aus, daß die Gewerkschaftsbewegung den Krieg überdauern und sich nach demselben wieder rasch zur alten Höhe und Leistungsfähigkeit erheben wird. Deshalb darf auch keiner in den nächsten Wochen und Monaten erlahmen in der solidarischen Pflichterfüllung, sondern jeder möge mitarbeiten, damit unsere Organisationen die schwere Zeit möglichst glatt überwinden.“

Diese in bitter ernster Zeit an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gerichtete Mahnung ist nicht umsonst gewesen. Wie sehr auch der Krieg die Reihen der Organisationen lichtet, wie oft er auch in dieser langen Dauer gerade die Besten herausholte und sie den Organisationen für immer entzog — die deutsche Gewerkschaftsbewegung überwand die schwere Zeit so, daß wir heute mit Sicherheit sagen können: Sie steht, nach 41 Monaten Krieg, so fest da, daß sie in ihren Grundfesten nicht mehr erschüttert werden kann. Die in den letzten Wochen von einer Reihe Organisationen gemachte Mitteilungen über einen erneuten Mitgliederaufschwung stärken uns in dieser Ueberzeugung um so mehr, als die Zahl ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder immer größer geworden ist. Wahrlich, wer in dieser Zeit noch die Kraft besitzt, für seine Sache erfolgreich zu werden, um dessen Ueberzeugung und Willkür ist es wohl bestellt.

Und dafür, daß die Gewerkschaftskämpfer dabei die Organisationen so gut vor dem Verfall zu bewahren wußten, werden ihnen die Hunderttausende danken, sobald ihnen der langersehnte Friede die Heimkehr ermöglichen wird. Denn auch unter ihnen gibt es viele, die mit allen Fasern ihres Gehirns an der Organisation hängen, und aus den zahlreichen in der Gewerkschaftspressen veröffentlichten Feldpostbriefen klingt nur immer die einzige Bitte: Bewahrt unsere Organisation! Das ist ein Reichen dafür, wie sehr sich durch alle Bitternisse und Leiden dieser entsetzlichen Kriegszeit das seit Jahrzehnten gemaßte Kulturbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse erhalten hat.

Und an der Schwelle des neuen Jahres, das uns — wenn nicht alle Zeichen trügen — den Frieden bringen wird, dürfen wir uns noch über eins freuen: die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist verhältnismäßig geblieben von jener bedauerlichen Spaltung von der die politische Organisation heimgejagt wurde. Da, wo sich Spaltungstendenzen bemerkbar machten, hat die erforderliche Einsicht von der Notwendigkeit, in Zukunft einsig und geschlossen darzutreten, immer wieder die Arbeiterklasse von verhängnisvollen Schritten abgehalten. Schnell brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß die Haltung und Politik der Gewerkschaftsbewegung in diesem Krieg als nichts anderes als die notwendige Konsequenz ihres jahrzehntelangen Wirkens im Kampf für die Teilnahme der Arbeiterklasse an den Errungen der Kultur betrachtet werden kann. Und wenn den im Felde stehenden Mitglidern der langersehnte Friede erst wieder die Möglichkeit gewährt, teilzunehmen an diesem stolzen Bau der deutschen Arbeiterklasse, wenn sie gar Ruhe und Muße finden sollten, noch einmal rückwirkend zu überdenken, was die deutsche Gewerkschaftsbewegung während dieser größten Menschheitsstraödie auf allen Gebieten geleistet hat, dann werden sie im Sinne Nietzsches „Weisheit der Bräutigamen“ sprechen können:

„Den einen eh' ich, der nach Idealen ringt;  
Den anderen ach' ich auch, dem Wirkliches gelinzt.  
Den aber lieb ich, der nicht dies noch jenes wählt,  
Der höchstes Ideal der Wirklichkeit vermählt.“

### Vom Kampf um den Arbeitsnachweis.

Gegenwärtig krankt unsere Arbeitsvermittlung vor allem an der großen Zerstückelung der Arbeitsnachweiskstellen. Es gibt viele mittlere Drie, in denen noch einige Duzend Stellen nachweise vorhanden sind. Der Zusammenlegung zu einem gemeinsamen, öffentlichen Arbeitsnachweis widersehen sich in der Regel die Unternehmerorganisationen. Im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe waren bei der Beratung der Uebergangsmittelbehörde mehrere Anträge zum Zwecke der Verbesserung der Stellenvermittlung gestellt worden. U. a. wurde die paritätische Verwaltung der Arbeitsnachweise als Arbeitsnachweise vorgeschlagen. Von Regierungskreisen wurde nach dem Bericht des Ausschusses dazu angeführt, daß sie die Ausgestaltung der öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise als das wirksamste



